**Verordnung
über Zuständigkeiten
in den Kreisen Borken,
Ennepe-Ruhr-Kreis, Herford,
Märkischer Kreis,
Neuss, Recklinghausen, Siegen,
Unna und Viersen**

**(Kreis-Zuständigkeitsverordnung)
vom 26. Nov. 1974**

Aufgrund des § 12 Abs. 2 und 3 des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Herford und der kreisfreien Stadt Herford vom 12. Dezember 1968 (GV NW S. 396), des § 11 Abs. 2 und 3 des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Altena und der kreisfreien Stadt Lüdenscheid vom 18. Dezember 1968 (GV NW S. 412), des § 11 Abs. 2 und 3 des Gesetzes zur Neugliederung des Kreises Kempen-Krefeld und der kreisfreien Stadt Viersen vom 18. Dezember 1969 (GV NW S. 966), des § 29 Abs. 2 und 3 des Ruhrgebiet-Gesetzes vom 9. Juli 1974 (GV NW S. 256), des § 61 Abs. 2 und 3 des Münster/Hamm-Gesetzes vom 9. Juli 1974 (GV NW S. 416), des § 28 Abs. 2 und 3 des Düsseldorf-Gesetzes vom 10. September 1974 (GV NW S. 890) und des § 43 Abs. 2 und 3 des Sauerland/Paderborn-Gesetzes vom 5. November 1974 (GV NW S. 1224) wird im Benehmen mit dem Ausschuss für Verwaltungsreform des Landtags verordnet:

§ 1

In folgenden Angelegenheiten sind die jeweiligen Kreise auch für das Gebiet der Städte Bocholt, Castrop-Rauxel, Gladbeck, Herford, Iserlohn, Lüdenscheid, Lünen, Neuss, Recklinghausen, Siegen, Viersen und Witten zuständig:

1. Aufgaben des Gesundheitsamtes und der Gesundheitsaufsicht
2. Aufgaben der Lebensmittel- und Handelsklassenüberwachung
3. Aufgaben des Amtes für Wiedergutmachung
4. Natur- und Landschaftsschutz
5. Katasterwesen
6. Aufgaben des beamteten Tierarztes, Tierseuchenbekämpfung einschließlich Tierkörperbeseitigung, Schlacht- und Fleischschau einschließlich Konfiskatbeseitigung, Geflügelfleischhygiene und Tierschutz

-
7. Jagd- und Fischereiwesen
  8. Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde, jedoch mit Ausnahme der Zuständigkeiten gemäß §§ 44, 45, 46 Abs. 1 Nrn. 1, 3, 4, 6, 8, 10 und 11 StVO. § 32 Abs. 1 BO Kraft (verkehrslenkende Maßnahmen einschließlich Erteilung von Ausnahmegenehmigungen)
  9. Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 24 und 24 a des Straßenverkehrsgesetzes
  10. Aufgaben der Straßenaufsichtsbehörde
  11. Aufgaben des Versicherungsamtes mit Ausnahme folgender Aufgaben:
    - 11.1 Auskunftserteilung in Angelegenheiten der gesetzlichen Versicherungsträger (§§ 119 Abs. 2 RVO, 76 AVG, 92 RKG),
    - 11.2 Genehmigung der Übertragung von Ansprüchen gegen Versicherungsträger (§§ 119 Abs. 2 RVO, 76 AVG, 92 RKG),
    - 11.3 Gewährung von Sachleistungen an Trunksüchtige (§ 121 Abs. 1 RVO),
    - 11.4 Mitwirkung bei der Ausgabe und dem Umtausch von Versicherungskarten (§§ 1414 RVO, 136 AVG),
    - 11.5 Mitwirkung bei Unfalluntersuchungen (§§ 1559 Abs. 3, 1562, 1572, 1576, 1577, 1580 RVO),
    - 11.6 Entgegennahme von Rentenanträgen (§§ 1584, 1613 RVO, 204 AVG) und Anträgen auf Gesundheitsmaßnahmen (§§ 1612, 1629 RVO, 204 AVG),
    - 11.7 Mitwirkung bei der Rentengewährung (§§ 1614 bis 1828 RVO, 204 AVG).

Soweit außerhalb dieser Aufgabenbereiche auf den Bezirk des Versicherungsamtes abgestellt wird, ist der Bezirk des Versicherungsamtes des Kreises maßgebend.

12. Bau und Unterhaltung von Abfallbeseitigungsanlagen, sofern nicht durch Rechtsverordnung nach § 3 des Landesabfallgesetzes vom 18. Dezember 1973 (GV NW S. 562) eine andere Regelung getroffen wird
13. Aufgaben der unteren Wasserbehörde
14. Aufgaben nach dem Gesetz über den Rettungsdienst, soweit es sich nicht um die Trägerschaft von Rettungswachen handelt

15. Einrichtung und Unterhaltung von Leitstellen nach § 20 des Gesetzes über den Feuer-
schutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen.

§ 2

In den in § 1 genannten Städten werden die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die Kreisstraßen vom Kreis wahrgenommen. Dies gilt nicht für die Ortsdurchfahrten, soweit für diese die Straßenbaulast nach § 44 des Landesstraßengesetzes den Gemeinden obliegt.

§ 3

Die Beschlussausschüsse der jeweiligen Kreise entscheiden über den Widerspruch gegen Entscheidungen, die die in § 1 genannten Städte nach § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes vom 25. Juni 1962 (GV NW S. 344) getroffen haben.

§ 4

Die Zuständigkeiten des Oberkreisdirektors als untere staatliche Verwaltungsbehörde im Personenstandswesen - mit Ausnahme der Anordnung des Widerrufs der Bestellung eines Standesbeamten - sowie die Zuständigkeiten des Oberkreisdirektors als untere staatliche Verwaltungsbehörde nach der Verordnung zur Bestimmung der für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Personenstandsgesetz zuständigen Verwaltungsbehörden vom 26. März 1958 (GV NW S. 135) werden in den jeweiligen Kreisen auf die in § 1 genannten Städte für ihr Gebiet übertragen.

§ 5

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung über Zuständigkeiten im Landkreis Siegen vom 1. Juli 1966 (GV NW S. 381);
2. die Verordnung über Zuständigkeiten im Landkreis Herford vom 18. Dezember 1968 (GV NW S. 428);
3. die Verordnung über Zuständigkeiten im Landkreis Lüdenscheid vom 18. Dezember 1968 (GV NW S. 428);
4. die Verordnung über Zuständigkeiten im Kreis Kempen-Krefeld vom 18. Dezember 1969 (GV NW S. 982);
5. Die Verordnung über die Straßenbaulast für Kreisstraßen in den Städten Herford, Lüdenscheid, Siegen und Viersen vom 7. Dezember 1972 (GV NW S. 430).

§ 6

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.

Düsseldorf, den 26. November 1974

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage zur Kreis-Zuständigkeitsverordnung

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Aufgaben der Straßenverkehrsbehörden
nach der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)
in Verbindung mit der Kreiszuständigkeitsverordnung

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
vom 26.1.1976 - IV/A 2 - 20 - 08

§ 1 Nr. 8 der Kreis-Zuständigkeitsverordnung vom 26. November 1974 (GV NW S. 1480), geändert durch Verordnung vom 22. April 1975 (GV NW S. 382), SGV NW 2005, wurde bisher unterschiedlich ausgelegt. Um künftig Zweifel auszuschließen und damit eine einheitliche Anwendung der Zuständigkeitsvorschriften zu erzielen, ist davon auszugehen, dass die Städte Bocholt, Castrop-Rauxel, Herford, Iserlohn, Lüdenscheid, Lünen, Neuss, Recklinghausen, Siegen, Viersen und Witten folgende Aufgaben nach der StVO für ihren Bereich wahrnehmen:

1. Erteilung von Erlaubnissen nach § 29 Abs. 2 und § 30 Abs. 2 StVO, soweit dies nach § 44 Abs. 3 StVO den Straßenverkehrsbehörden obliegt;
2. Erteilung von Erlaubnissen nach § 44 Abs. 5 in Verbindung mit § 29 Abs. 2 StVO (§ 4 der Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Straßenverkehrs-Ordnung vom 9. Januar 1973 (GV NW S. 24/SGV NW 92);
3. Anordnungen nach § 45 StVO, soweit sie den Straßenverkehrsbehörden obliegen;
4. Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 Abs. 1 Nr. 1, 3, 4, 6, 8, 10 und 11 StVO.

Bei der nächsten Änderung der Kreis-Zuständigkeitsverordnung wird § 1 Nr. 8 so gefasst werden, dass die Zuständigkeiten eindeutig bestimmt sind.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

-MBI. NW. 1976 S. 142.